Bocholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumspartei

Bezugspreis: Durch die Geschäftsstelle monatl. 1.25 Mk., von der Post abgeholt vierteljährlich M. 3.75, durch Postboten ins Haus gebracht M. 4.17. Erscheint täglich ausschl. Sonn- und Festtags. Geschäftsst.: Bocholt, Nordstr. 27 (Fernspr. 92.) Rhede, J. G. Hams. Anholt Wilhelm Wolsing.

Anzeigenpreis: Für Einheimische die Kleinzeile oder deren Raum 20 Pf., für Auswärtige 25 Pf. Textanzeige kosten die Kleinzeile 80 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß. Auskunft- und Angebotsgebühr 25 Pf. Bei Klage-Erhebung, Konkursen u. s. w. wird der bewilligte Nachlaß hinfällig

Amtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingden, Liedern und Werth

18. Jahrgang — Donnerstag, den 31. Juli 1919 — Nummer 18

Vertrauensvotum für die Regierung.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 29. Juli 1919.

Das Haus erledigt zunächst eine Anzahl Anfragen. Zu einer Anfrage des Abg. **Dr. Mittelmann** (D. Vpt.) über das **aufreizende Verhalten französischer Soldaten in Berlin**, die u. a. laut gerufen haben sollen: Wir sind Sieger, ihr seid Schweine, erklärt

Geh. Rat Freiherr **v. Welser** im Auftrage der Regierung, daß die umfangreichen Erhebungen noch nicht abgeschlossen seien. (Zuruf rechts: unerhört!)

Danach wird die

politische Aussprache

über die Erklärung der Reichsregierung in Verbindung mit den Interpellationen über die Planwirtschaft, den **Landarbeiterstreik** und den Gesetzentwurf über die **Errichtung eines Staatsgerichtshofes** fortgesetzt.

Abg. **Henke** (U. S.): Erzberger hat nur einen Zipfel gelüftet, der Mantel muß ganz heruntergerissen werden. Die Mehrheitssozialisten denken nicht daran, daß in Oesterreich die Lunte an das Pulverfaß gelegt wurde und deshalb sei für das internationale Proletariat der Kampf gegen die Erzberger ebenso geboten, wie gegen die Graefe. **In Essen sind Schutzhäftlinge seit sechs Tagen in den Hungerstreik eingetreten. Sie sind nahezu am Verhungern, und deshalb hat die Essener Arbeiterschaft beschlossen, in den Generalstreik zu treten, wenn sie nicht binnen 24 Stunden befreit werden.** Aber ich fürchte, Herr Noske wird nichts dazu tun können, da er sich in den Händen der Offiziere befindet. Die Einwohnerwehren, die nichts weiter sind, als bewaffnete Konterrevolutionäre, dürfen machen, was sie wollen.

Vizepräsident Dietrich ruft den Abgeordneten Henke wegen des gegen den Reichswehrminister gerichteten Vorwurfes der Gemeinheit und niedrigen Gesinnung nachträglich zur Ordnung.

Abg. **Dr. Rießer** (D. Vp.): Besser als der Staatsgerichtshof ist der von uns beantragte **Aufklärungsausschuß.** Der vom Reichsminister Dr. David begründete Gesetzentwurf widerspricht den primitivsten Rechtsanschauungen. Wir erklären uns auch gegen die Veröffentlichung der Rede Erzbergers. Die Rede gießt in einer Zeit, wo alles darauf ankommt, auch den inneren Frieden zu schaffen, aufs neue Oel ins Feuer. Augenblicklich ist man noch nicht in der Lage, die Richtigkeit aller Behauptungen nachzuprüfen.

Preußischer Kriegsminister **Reinhard** machte nähere Mitteilungen über die Vorgänge beim Zusammenbruch in Polen.

Reichsminister **Erzberger:** Seit ich das Reichsfinanzministerium übernommen habe, ist mir **jede Minute zu kostbar, um immer wieder derartigen völlig veralteten und längst widerlegten Angriffen und Stänkereien von neuem entgegenzutreten.** Hätte ich mit dem Dokument des Grafen Czernin gleich an die Oeffentlichkeit gehen sollen? Ich möchte wohl wissen, welcher Lärm sich dann gerade unter den Freunden des Herrn Rießer erhoben hätte. Im übrigen hat **Graf Czernin den Beweis garnicht einmal anzutreten versucht, daß der Bericht durch mich den Feinden bekannt geworden ist.** In der Ausschußsitzung vom 28. September hat der damalige Reichskanzler erklärt, wir könnten unbesorgt sein, die Alliierten würden von unserer Stellung in der belgischen Frage Kenntnis erhalten. Zentrum, Sozialdemokratie und Volkspartei waren daher der Auffassung, sie brauchten jetzt nicht auf eine solche Erklärung zu drängen. Der Abg. Rießer sagt, ich mußte wissen, daß in der deutschen Antwort vom 24. keine Erklärung über Belgien enthalten war. Dieses Antwortschreiben ist mir aber nicht bekannt geworden. Meine Reden im Hauptausschuß waren auf der Grundlage aufgebaut, daß eine restlose Aussprache über Belgien mit den Alliierten erfolgen würde. Da sagte ich: Wir stellen uns gern hinter die Regierung und überlassen ihr die Führung in den Einzelheiten. Dann erst reiste ich nach München und dort erfuhr ich:

Alles ist verloren.

In einer Unterhandlung zwischen mir und meinem Vertreter der Obersten Heeresleitung suchten wir nach einem Ausweg in der Angelegenheit Longwy u. Briey. Sie machten aber eine „Cause celebre" aus einer Unterredung, in der verschiedene Möglichkeiten durchgesprochen wurden. Die Regierung hat dies immer mit voller Entschiedenheit bestritten, und ich bestreite es auch: **Es ist eine welthistorische Lüge, daß Deutschland der alleinige Urheber des Weltkrieges ist; aber etwas anderes ist es, wenn man objektiv das Studium der Akten zuläßt, daß auch die Auffassung, die Herr Dr. Rießer vertritt, nicht richtig ist, nämlich daß Deutschland unschuldig am Weltkrieg ist. Auch Deutschland trägt seinen Teil an der Schuld.** Wenn ich das ausspreche, so sage ich die Wahrheit. **Wir brauchen den Staatsgerichtshof** aus zwei durchschlagenden Gründen. Nach dem entsetzvollen Abschluß des Weltkrieges fragt sich das Volk unbedingt; ist denn niemand in Deutschland schuld an dem Krieg, an seiner Fortsetzung und seinem Abschluß? Sie können keine innere Gesundung in Deutschland herbeiführen, ehe nicht der Beweis ehrlich u. objektiv erbracht wurde, wer und wie weit jemand in Deutschland schuld ist. **Der Staatsgerichtshof wird ferner** dazu dienen, daß das unerhörte Maß an Beleidigungen und Beschuldigungen, die während vier Jahren aus dem Auslande auf uns niedergeprasselt sind, nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Er wird dazu beitragen, **die Achtung vor dem deutschen Namen im Auslande wiederherzustellen,** nachdem objektiv festgestellt, was wahr und was unwahr und nicht haltbar ist. Wir hätten geschwiegen und nur einen Teil des Materials veröffentlicht, das meiste aber dem Staatsgerichtshof vorbehalten. Was hat diesen wohlerwogenen Plan der Regierung durchkreuzt und ihr eine andere Haltung aufgezwungen? Die absolut unbegründeten Angriffe, die von den rechtsstehenden Parteien und den Mitgliedern der früheren Regierung erhoben worden sind. Dies sind offenkundige geschichtliche Fälschungen, wie sie von jeher dort beliebt waren. **Wir haben den Kampf nicht aufgenommen, sondern er wurde uns aufgezwungen und aufgedrängt.** Wenn Sie ihn aber haben wollen, so werden Sie ihn aber mit aller Rücksichtslosigkeit haben.

Das Haus beschließt nach dem Antrag Loebe (Soz.) die Reden der Minister und das weitere aufgebrachte Material auf Kosten des Reiches im deutschen Volk zu verbreiten mit der Erweiterung nach einem Antrag Arnstadt (D. Ntl.) **daß auch das Schreiben des päpstlichen Nuntius nebst Anlagen und die darauf erfolgten Antworten des Reichskanzlers Michaelis in ungekürzter Form der Veröffentlichung beizufügen ist** und in einem weiteren Zusatz Agnes und Gen. (Unabh.) auch die Stenogramme der Verhandlungen der Veröffentlichung zu billigen Preisen dem ganzen Volke zugänglich zu machen.

Die namentliche Abstimmung über das Mißtrauensvotum ergibt dessen Ablehnung mit 243 gegen 53 Stimmen. Ein unabhängiger Antrag auf namentliche Abstimmung über das Vertrauensvotum wird nicht genügend unterstützt. **Das Vertrauensvotum wird mit großer Mehrheit angenommen.** Die Demokraten hatten erklärt, sie würden sich bei dem Vertrauensvotum der Abstimmung enthalten, gegen das Mißtrauensvotum aber stimmen, da sie anders ihre Meinung nicht zum Ausdruck bringen könnten.

Das Gesetz über den Staatsgerichtshof geht an den Verfassungsausschuß, unter Annahme eines Antrages der D. Vp., einen keinem Parlament angehörenden aus namhaften Historikern und publizistisch geschulten Juristen zusammengesetzten Ausschuß einzusetzen.

(Nachmittagssitzung.)

Um 5,15 Uhr eröffnet Präsident Fehrenbach die Sitzung und teilt mit, daß ein Antrag Agnes und Gen. (Unabh.) eingegangen ist, den **Kommandierenden General des 7. Armeekorps in Münster anzuweisen, die seit 6 Tagen im Hungerstreik befindlichen politischen Schutzhäftlinge aus der Haft zu entlassen.** Da für die Begründung nur 5 Minuten in Anspruch genommen werden sollen, und darauf Reichswehrminister **Noske** eine Erklärung abgeben wolle, schlägt der Präsident dem Hause vor, den Antrag alsbald zu beraten. Das Haus stimmt dem Vorschlage zu.

Abg. **Braß** (Unabh.) begründet den Antrag.

Reichswehrminister **Noske:** Niemand bedauert mehr als ich, daß wir genötigt sind, von der Schutzhaft Gebrauch zu machen. Ich bin seinerzeit von Rednern aller Parteien mit Ausnahme der Unabh. aufgefordert worden, die **Hunderttausende von Menschen, die im Industriegebiet von einer Handvoll verwegener Menschen terrorisiert werden, zu schützen.** Dieser Aufforderung habe ich Rechnung getragen. Ich habe angeordnet, daß eine Nachprüfung aller Fälle von Schutzhaft stattfinde und ich hoffe, daß diese Nachprüfung zu dem Resultat führen wird, daß in möglichst großem Umfange Entlassungen stattfinden können. In dem Augenblick, wo wir die Garantie haben, daß im Industriegebiet davon Abstand genommen wird, weiter in verbrecherischer Weise die Volkswirtschaft lahmzulegen, werden wir froh sein, von jeder Art Kampfhandlung Abstand nehmen zu können.

Abg. **Braß** (Unabh.) (unter wiederholten Schlußrufen aus dem Hause): Die vom Wehrminister zugesagte Nachprüfung dauert jetzt schon Wochen und Monate. Das ist es, was Gegenmaßnahmen der Arbeiterschaft provozieren muß.

Reichswehrminister **Noske:** Ich habe nicht einen Augenblick gezweifelt, daß dies von Herrn Braß für agitatorische Zwecke benutzt werden würde. (Stürmischer Widerspruch und lärmende Zurufe bei den Unabhängigen. Ungeheurer Lärm.) Die sich jetzt so erregen, haben keine Spur von Erregung an den Tag gelegt, als ihre Freunde mit Handgranaten und Pistolen auf die Bevölkerung losgingen und als im vorigen Monat den Berliner Krankenhäusern das elektrische Licht abgeschnitten wurde. (Erneuter tobender Lärm und Zurufe: Gemeinheit.)

Der Antrag Agnes und Gen. wird abgelehnt und zwar gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen.

Hierauf wird in die dritte Lesung der

Verfassungsvorlage

eingetreten.

Reichskommissar **Dr. Preuß:** Die Nationalversammlung ist zustande gekommen. Sie hat die Verfassung zustande gebracht und ist im Begriff, sich zu verabschieden. Nach einem solchen Krieg, nach solch ungeheuren Täuschungen und Enttäuschungen mußten mehr oder weniger erhebliche Störungen der gewohnten Ordnung eintreten. Immerhin waren es wenige dank der Mäßigung und der Selbstbeherrschung der ohne jeden Widerstand **siegreichen Revolution.** Sie suchte sofort den Weg zur Wiederherstellung des Rechtsstaates, des **demokratischen Rechtsstaates.** Auf diesem Wege sind wir immerhin ein bedeutendes Stück vorwärts gekommen. Gerade weil ich niemals Sozialist gewesen bin und auch vermutlich auf meine alten Tage nicht mehr werden werde, halte ich es für richtig, anzuerkennen, mit welcher Mäßigung und Selbstbeherrschung die Sozialdemokratie die Grundlage der Demokratie nicht nur anerkannt, sondern auch zu Ehren gebracht und sich dadurch einen Verdienst um Deutschland erworben hat. Das soll ihr in der Gegenwart und Zukunft nicht vergessen werden. Diejenigen, die der politischen und sozialen Richtung dieser Entwicklung nicht folgen können, bleiben sich nur selbst treu, wenn sie unter den jetzigen Verhältnissen dies Verfassungswerk herabziehen, aber die anderen, die damals die Nationalversammlung nur mit Besorgnis bei ihrer Arbeit begleiten konnten, wie stehen die dazu? Bei richtiger Würdigung der Umstände werden sie in keiner Weise enttäuscht sein, wenn ich auch verstehe, wie die Anhänger des alten nicht begeistert sein können von der demokratischen Republik, die uns diese Verfassung brachte. Die Republik ist die Sache der großen Volksmehrheit, die zwischen rechts und der äußersten Linken steht und gerade in dieser breiten Schicht, die das Verfassungswerk trägt, ist vielleicht nicht überall schon heute das volle Verständnis für die Bedeutung des Werkes vorhanden und noch nicht mit voller Lebendigkeit erfaßt. Hieran tragen vielleicht gerade die führenden Schichten die Schuld und ihre aus der Gewohnheit der Vergangenheit überkommene **allzu objektive Ueberpolitik.**

Freilich, wenn jetzt die Verfassung in dieser Form beschlossen wird, **fängt die eigentliche Verfassungsarbeit erst an.** Die Arbeit an der Organisation des Vaterlandes. Darauf kommt es an, ob die Bestimmungen in ihrem Geiste gehandhabt werden. Eine Garantie, daß es geschieht, kann keine Verfassung geben. Sie kann nur die Voraussetzungen schaffen und das tut diese Verfassung. Wird sie gehandhabt im Geiste Goethes, so wird Deutschland einst wieder auf eigenen Füßen stehen, scharf und kühn.

Abg. **Katzenstein** (S.): Die Mitarbeit aller Parteien ist die Ursache dafür, daß das geschaffene Werk einen **völlig einheitlichen Charakter** trägt. Diese Verfassung ist Menschenwerk, das vergehen wird, aber sie ist ein Grund, auf dem echte Arbeit für die Höherentwicklung des Volkes geleistet werden kann.

Abg. **Spahn** (Z.) dankt zunächst dem Staatskommissar Preuß für seine hervorragende Mitwirkung an dem Zustandekommen des Verfassungswerkes. Der föderative Charakter des Reiches ist erhalten geblieben, allerdings hat der Verlauf unserer Beratungen erkennen lassen, daß die Natur der Dinge, durch die Finanznot unterstützt, auf den Einheitsstaat zustrebt. Der Vorzug der neuen Verfassung ist der in weitem Umfang gewährte Rechtsschutz. Die Verfassung rechnet mit dem Fortbestand des Völkerrechtes und schließt daher die

Hoffnung auf den Völkerbund

nicht aus. Es empfiehlt sich für uns, in den Völkerbund einzutreten, wenn wir als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen werden, doch müssen wir uns bewußt bleiben, daß er als Menschenwerk keinen ewigen Frieden bringen kann. Für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen haben wir den Wunsch, daß eine Vertretung des Reiches beim Heiligen Stuhle in Rom erfolgt. Wir wollen auch nicht verkennen, daß mit der tiefen Not des Volkes die Blicke nicht nur der Katholiken, sondern die der ganzen Welt mit erhöhter Spannung sich nach dem ewigen Rom richten, von dem sie bei seiner Unveränderlichkeit im Wechsel der Zeiten Rettung und Klarheit in den geistlichen Irrungen und Wirrungen der Gegenwart erhoffen. Nur die Arbeit kann uns wieder hochbringen; deshalb ist es zu begrüßen, daß der Arbeitsunterricht und staatsbürgerliche Tüchtigkeit Unterrichtsziele geworden sind.

Der Abg. Spahn erörtert dann eingehend das

Schulkompromiß

und die Fragen des Angestellten- und Arbeiterrechtes. Die Verfassung hat die Entscheidung über den Charakter der Volksschule den Erziehungsberechtigten zugewiesen. Wir vertrauen darauf, daß damit der Vereinigung unseres Volkes gedient und nicht die Trennung erweitert wird. Nach der Verkündung der Verfassung werden die politischen Parteien ihre Programme auf ihre Verfassungsmäßigkeit prüfen müssen. Sie werden aus der Verfassung auch neue Impulse entnehmen. Das gilt auch für die Zentrumspartei, die getreu ihren noch unter der Monarchie entworfenen Richtlinien, weiterleben und in der Gestaltung der Geschicke unseres Vaterlandes entscheidenden Anteil nehmen wird. Sie wird, das hoffe ich, ihren Platz dauernd behaupten.

Abg. **Haußmann** (D.): Die Schicksalsfrage in der Nationalversammlung ist gewesen: ob sie selbst in der Verfassung ist, eine Verfassung abzuschließen. Diese Aufgabe ist gelöst.

Wir sind für die meisten Bestimmungen mitverantwortlich, wenn auch nicht für alle. Wir stimmen der Verfassung freiwillig zu in der Hoffnung, daß sie ein Emporsteigen in das Volk hineintragen wird.

Weiterberatung Mittwoch.

Das Urteil des Großen Hauptquartiers in der Friedensfrage.

Die Schreiben, die Ministerpräsident **Bauer** in der Nationalversammlung verlas, haben folgenden Wortlaut:

Michaelis' Schreiben an Hindenburg vom 12. September 1917.

An **Hindenburg.** Nach Abschluß der gestrigen Verhandlungen unter dem Vorsitz Seiner Majestät des Kaisers drängt es mich, Ihnen und General Ludendorff den Dank dafür auszusprechen, daß Sie beide in so weitsichtiger Weise und weitab vom Standpunkte militärischer Gesichtspunkte mich darin unterstützt, daß alle Kriegsziele für den Fall zu umgrenzen, daß wir bald, etwa im Herbst oder Frühjahr zu Friedensverhandlungen kommen. Ich nehme als Forderungen der Obersten Heeresleitung, an denen unbedingt nach Ihrer Meinung festgehalten werden muß, in unsere Verhandlungspläne auf, daß Sie beide zum **Schutz unserer westlichen Industrie in erster Linie Lüttich und ein Sicherungsgelände** fordern, daß Sie beide von einem wirklich engen wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland einen Zustand erhoffen, der es den Belgiern in Zukunft aus rein egoistischen wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen erscheinen lassen wird, mit uns in kriegerische Differenzen zu geraten, und daß daher, wenn **Belgien** alles getan haben wird, was zur **Sicherung des wirtschaftlichen Anschlusses an uns gefordert wird,** und natürlich mehrere Jahre von den ersten Friedensverhandlungen ab dauern würde, die **militärische Sicherung fortfallen kann.** Lüttichs Besetzung würde daher nur als Sicherungsfaktor und auf Zeit gefordert werden. An Ew. Exzellenz habe ich die dringende Bitte, daß, wenn — wie zu erwarten — Besucher ins Hauptquar-

fer kommen, die einer einseitigen annexionistischen Richtung angehören (ich selber habe z. B. dem Grafen Westarp zureden lassen, einmal nach Kreuznach zu fahren) und die von den großen Zusammenhängen bei den Bundesgenossen wenig wissen und deshalb noch immer geneigt sind, einen Frieden bezüglich Belgis auf der angedeuteten Grundlage als einen faulen anzusehen, diesen von Ihrer Auffassung Kenntnis zu geben, damit die **extremen Wünsche eingedämmt werden.** Man muß den Leuten vorhalten, was die Feinde mit uns vorhatten und was wir erreichen: statt Vernichtung und Länderraub im Westen intakte Grenzen und die gesicherte Aussicht der Nutzung der Rohstoffe in den besiegten Gebieten, günstige Wirtschafts- und Verkehrsbedingungen auf den Eisenbahnen und Wasserstraßen, Vorzugsplätze im Hafen von Antwerpen, Einfluß auf die deutschorientierte flämische Bevölkerung, Auferlegung zum Selbsttragen der von uns dem Nachbarn zugefügten schweren Schäden, Ausschaltung des englischen Einflusses an der Küste Flanderns und Nordfrankreichs und die Forderung des Rückerwerbs unserer Kolonien als Ausgleichsobjekt.

Hindenburgs Antwort vom 15. September 1917.

Ich werde Ew. Exzellenz Wunsche entsprechend helfen, um führende Männer über unsere Absicht mit Belgien aufzuklären, daß zwischen den maßgebenden Faktoren nunmehr **für den Fall Klarheit besteht, daß wir in diesem Jahre einen Frieden erhalten.** Ich verhehle mir nicht, daß in der Marine und in weiten politischen Kreisen ein Verzicht auf die flandrische Küste als ein schwerer Schlag empfunden wird, der nur dann gemildert werden kann, wenn die auch von Ew. Exzellenz der Marine zuerkannten Kompensationen zur Tat werden. Ich sehe mit General Ludendorff diese Kompensationen in Stützpunkten in und außerhalb unseres Kolonialreiches. Zu diesem Punkte darf ich noch ausführen: Die wirtschaftliche Angliederung Belgiens an Deutschland wird ohne einen Druck auf Belgien auch nach Friedensschluß nicht gehen. Hierzu wird eine mehrjährige Okkupation dienen, die aus militärischen Gründen auch dann noch notwendig sein wird, wenn England und Amerika Frankreich räumen. **Ueber die mehrjährige Okkupation hinaus muß die deutsche Stellung in Lüttich wirken; sie hat als Hauptzweck den unmittelbaren militärischen Schutz des niederrheinisch-westfälischen Industriegebietes. Nur wenn wir in Lüttich als Besitzer unumschränkte Herren der Lage sind und bleiben,** können wir die erforderlichen militärischen und Verwaltungsmaßnahmen treffen. Ich vermag mir daher nicht zu denken, daß wir in irgend einer absehbaren und vertragsmäßig festgesetzten Zeit aus Lüttich herausgehen könnten.

Aus der Denkschrift Ludendorffs.

Umso dringender ist die **unversehrte Erhaltung des niederrheinisch-westfälischen Gebietes.** Was die flandrischen Gebiete für einen Seitenangriff auf England für dieses Land sind, das ist die Maaslinie bis Lüttich in noch erhöhterem Maße für das Industriegebiet. **Wir müssen das Gebiet zu beiden Seiten der Maas und südwärts bis St. Vith fest in der Hand behalten.** Hierbei sehe ich nur in der Einverleibung in das Deutsche Reich das Mittel, dies zu erreichen. Ob es ein anderes Mittel gibt, muß ich dahingestellt sein lassen, vorläufig scheint es mir noch nicht gefunden. Der Besitz der Maaslinie allein genügt nicht, um dem Industriegebiet die erforderliche Sicherheit zu geben. Wir müssen ein englisch-belgisch-französisches Heer noch weiter zurückschieben, das kann nur dadurch geschehen, daß Belgi enso wie an uns angeschlossen wird, daß es auch seinen politischen Anschluß an uns sucht. **Der wirtschaftliche Anschluß wird ohne starken militärischen Druck, längere Okkupation und ohne Besitzergreifung von Lüttich nicht ins Werk** zu setzen sein. **Die Neutralität Belgiens ist ein Phantom, mit dem praktisch nichts anzufangen ist.**

Eine Erklärung Czernins.

Wien, 27. Juli. Der Korrespondenz Wilhelm ist vom Grafen Czernin folgendes Telegramm zugegangen:

Grundlsee, 27. Juli, nachmittags 4 Uhr 10 Minuten: Um zahlreichen Anfragen der Presse nachzukommen, bitte ich um Veröffentlichung folgender Zeilen: Soweit ich aus den Auszügen der Presse beurteilen kann, gibt die Rede Erzbergers kein erschöpfendes Bild der Vorgänge. Viele ungemein wichtige Vorfälle sind gar nicht erwähnt, und dadurch entsteht ein **falsches Gesamtbild.** Was meinen von Erzberger erwähnten Bericht vom April 1917 anbelangt, in welchem ich für eine Beendigung des Krieges durch territoriale Opfer der Mittelmächte riet, so war dieser Bericht ausschließlich für die beiden Kaiser und den Reichskanzler bestimmt. Es bestand damals die begründete Hoffnung, zu einem Verständigungsfrieden, wenn auch mit Opfern, zu gelangen. Von einer nichtverantwortlichen Seite wurde dieser Bericht ohne mein Wissen und hinter meinem Rücken Herrn Erzberger übergeben, welcher denselben nicht geheim hielt. Ich muß aber ausdrücklich konstatieren, daß **Erzberger bona fide vorging und der begründeten Ueberzeugung war, im Sinne seiner Auftraggeber zu handeln,** als er die streng geheimen Tatsachen preisgab. Der Inhalt des Berichtes kam durch das Vorgehen Erzbergers **zur Kenntnis unserer Gegner.** Ein jeder, der meinen Bericht liest, kann sich eine Vorstellung von den Folgen machen. Die Darstellung des Grafen Wedel ist daher, soweit sie mir bekannt ist, vollständig richtig. Im übrigen könnte ich meine Darstellung, wie vieles andere, gar nicht erwähnte, durch Dokumente beweisen, welche in meinem Besitze sind. Ich erfuhr von der Uebergabe meines Berichtes an Erzberger erst, als es zu spät war. Die von Grafen Wedel mit Erzberger jetzt besprochenen Tatsachen sind aber nur **Glieder einer ganzen Kette unverantwortlicher Nebenpolitik,** deren Gänge ich erst ein Jahr später entdeckte, und welche meine Demission veranlaßten. Mein demnächst über den Weltkrieg erscheinendes Buch wird, soweit ich es für geboten halte, Klarheit über diese politischen Vorgänge bringen, und, gestützt auf Dokumente, die Wahrheit beweisen.

Graf Wedel zu den Behauptungen Erzbergers.

Hamburg, 28. Juli. Botschafter Graf Wedel **veröffentlicht heute** in den „Hamburger Nachrichten" zu den Behauptungen Erzbergers in Weimar, es sei unwahr, daß Graf Czernin ihn **veranlaßt habe, nach Wien zu kommen, um sich über die indiskrete Verwendung des Czerninschen Berichtes zu verantworten,** die folgenden Mitteilungen:

Herr Erzberger hat in Weimar bestritten, daß Graf Czernin ihn veranlaßt habe, nach Wien zu kommen, um ihm Rechenschaft über die Verwertung seines Berichtes zu geben. In dem in meinem Besitz befindlichen Brief des Grafen Czernin heißt es wörtlich: „Erzberger hat seinerzeit Kenntnis von einem Berichte erhalten und die schwerste Indiskretion begangen. Er kam nach Wien, **von mir zitiert,** um mir Rechenschaft über sein Vorgehen abzulegen. Er war damals ganz vernichtet und sah seinen kolossalen Fehler ein." Es existieren über diese Vorgänge nicht nur die Briefe Hohenlohes, sondern noch andere beweiskräftige Dokumente. Das sollte Erzberger bedenken. Staatssekretär von Kühlmann weiß auch die Wahrheit.

*

Aus diesen beiden Aeußerungen geht zur Genüge hervor, daß **Erzberger** in der ganzen Angelegenheit **richtig gehandelt** hat, weil er nach den eigenen Worten Czernins glauben mußte, daß der Bericht nicht geheim sei. Die Indiskretion hat derjenige begangen, der Erzberger den Bericht übergab, soweit er nicht selbst vielleicht Mittelsperson war. Daß Erzberger, aufgeklärt durch den österreichischen Ministerpräsidenten, „ganz vernichtet war, und seinen kolossalen Fehler einsah", beweist nur das eine, daß Erzberger die Beweggründe seines Schrittes, den Willen seiner Auftraggeber in einem ganz anderen Lichte als vorher sehen mußte und merkte, daß er selbst getäuscht worden war und zwar in einer so schwerwiegenden Angelegenheit. Daß Graf Czernin ein volles Jahr brauchte, um „die Kette unverantwortlicher Nebenpolitiker" zu entdecken, beweist, daß die Fäden nicht so leicht zu entwirren waren. Uebrigens ist diese Angelegenheit für uns mehr nebensächlicher Natur, denn die Hauptsache, die Außerachtlassung der päpstlichen Vermittlung, wird dadurch nicht berührt.

Deutschlands angebliche wirtschaftliche Kriegsziele gegenüber Belgien im Jahre 1915.

Berlin, 29. Juli. Wie dem „Achtuhr-Abendblatt" von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, wurden die **wirtschaftlichen Forderungen,** die die Regierung hinsichtlich **Belgiens** stellen wollte, im Juni 1915 folgendermaßen zusammengestellt:

„Eingliederung Belgiens in das deutsche Zollsystem, Rechtsgültigkeit aller gegenwärtigen und zukünftigen Zollgesetze und Verordnungen für Belgien, Rechtskraft aller gegenwärtigen und zukünftigen Reichssteuern in Belgien, insofern die deutsche Regierung dies verlangt, Uebernahme aller Vertretungen Belgiens in Zoll- und Handelsvertragsangelegenheiten gegenüber dritten Staaten durch das Deutsche Reich, Verteilung der Zoll- und Steuereinnahmen nach den Bevölkerungsziffern zwischen den beiden Staaten und Einräumung des Rechtes auf Mitarbeit an Zoll- und Steuerangelegenheiten an Belgien nach Ablauf einer Frist von fünf Jahren, vertragliche Abmachungen über die Gleichberechtigung der beiderseitigen Statasangehörigen in Bezug auf Handel, Schiffahrt und sonstige Gewerbe, Vermögenserwerb, Rechtszuständigkeit und Einräumung eines bevorzugten Platzes für deutsche Schiffe im Scheldekai in Antwerpen, Austritt Belgiens aus der lateinischen Münzunion und Uebernahme der deutschen Münz- und Notengesetzgebung, Einführung der Markwährung in Belgien und Uebertragung der Funktionen einer belgischen Zentral-Noten-Bank an die Deutsche Reichsbank, Annullierung aller Entschädigungsansprüche Belgiens für Requisitionen, Beschädigungen industrieller Anlagen, Kriegsschäden und Kontributionen über die während des Krieges gewährten Entgelte hinaus. Anerkennung der Einsetzung in die Privatrechte, die durch die Okkupationsverwaltung vorgenommen wurden, Wiederherstellung der Privatrechte Deutscher in Belgien, die während des Krieges verletzt worden sind, Bildung einer unter deutscher Kapitalüberwachung stehenden Aktiengesellschaft zur Uebernahme der belgischen Eisenbahnen und Gewährung des Enteignungsrechtes und der Tarifffreiheit an diese Gesellschaft, Einführung der deutschen Arbeiterschutz- und -Versicherungsgesetzgebung in Belgien."

Ein Dementi Pacellis.

WTB. Berlin, 29. Juli. Das Wolffbüro meldet: Von dem apostolischen Nuntius Erzbischof Pacelli geht uns folgende Mitteilung zu: „In den Erklärungen des ehemaligen Reichskanzlers Michaelis in der „Täglichen Rundsch." liest man, daß schon beim Empfang des Schreibens des Nuntius sich herausstellte, daß Erzberger von dem Brief wußte. Der Nuntius muß erklären, daß Erzberger von ihm über den Inhalt des Briefes keineswegs unterrichtet war." (Herr v. Michaelis hätte nun zu erklären, worauf er seine Behauptung stützt.)

Kein ernstlicher Friedenswille Englands 1917.

WTB. Amsterdam, 29. Juli. Der Pariser Korrespondent des „Telegraaf" berichtet, er sei in der Lage, mitzuteilen, daß die Note vom 14. April, in der der Heilige Stuhl die Initiative zu einer Einladung an alle Kriegführenden, dem Krieg ein Ende zu machen, ergriff, sowohl in Paris, als auch in London genau studiert wurde. Die französische Regierung sei der Ansicht gewesen, daß entweder keine Antwort gegeben werden sollte, oder daß sie, wenn sie gegeben würde, **sich auf eine einfache Empfangsbestätigung ohne Kommentar beschränken sollte.** Balfour erteilte dem englischen Gesandten beim Vatikan Instruktionen formeller Natur. Der Gesandte erhielt den Auftrag, dem Kardinal Gasparri mitzuteilen, **daß kein ernster Schritt getan werden könne, sofern Deutschland seine Absicht, namentlich hinsichtlich Belgiens nicht bekannt gegeben habe. Nach der Ansicht Balfours kam diese abweichende Antwort einem abweisenden Bescheide gleich.** Kardinal Gasparri war sich völlig im Klaren darüber, daß die päpstliche Note auf diese Weise nicht genügend Erfolg haben würde. Er ersuchte deshalb den englischen Gesandten, ihm die schriftliche Mitteilung der englischen Regierung zur Abschrift zu überlassen. Der Gesandte tat dies, nachdem er das Dokument zunächst dadurch seines diplomatischen Wertes entkleidet hatte, daß er den amtlichen Aufdruck mit einer Schere entfernte. Gasparri beeilte sich, den Inhalt der englischen Mitteilung dem Nunzius in München zu übermitteln. In Deutschland legte man der Mitteilung die Bedeutung einer schriftlichen Notiz bei. **Es handelt sich also um eine Reihe von Mißverständnissen, die für die diplomatische Geschichte des Krieges sehr interessant sind.** Die Rolle Frankreichs war die, daß es dem von England unternommenen Schritt unter gleichzeitiger genauer Formulierung des französischen Standpunktes zustimmte. (Telegraaf-Meldungen sind noch schlimmer als Reuter-Meldungen und mit der größten Vorsicht aufzunehmen. Red.)

Noch ein feindliches Friedensangebot?

Nach dem „Berliner Tageblatt" hat am Sonnabend in der demokratischen Fraktionssitzung Herr v. Payer die bedeutsame Bemerkung gemacht, daß **auch noch am 28. Januar 1918 eine sehr ernste Friedensanregung an Deutschland ergangen sei.** Weitere Mitteilungen glaubte Payer der Fraktion nicht machen zu dürfen.

Ein wildes Gerücht.

bb. **Berlin,** 30. Juli. Die Gerüchte über eine angeblich zu erwartende **Abberufung des Kardinals von Hartmann** werden durch den Kardinal-Staatssekretär in Rom als **unbegründet** bezeichnet.

Die Neuordnung im Reich.

Neue Verhandlungen in der Schulfrage.

bb. **Weimar,** 29. Juli. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß seitens der Sozialdemokraten und der Demokraten ein neuer Vorstoß gegen das in zweiter Lesung angenommene **Schulkompromiß** gemacht worden ist. Nach dem Beschluß der zweiten Lesung soll bekanntlich für das Schulwesen maßgebend sein der **Wille der Erziehungsberechtigten,** soweit dies mit einem geordneten Schulbetrieb zu vereinigen ist. Den Demokraten war dieses Kompromiß von Anfang an ein Dorn im Auge, und wir machen kein Hehl daraus, daß auch in weiten Kreisen Unzufriedenheit, allerdings unberechtigterweise, gegen dieses Kompromiß besteht. Die Demokraten können es offenbar nicht verschmerzen, daß sie durch das Schulkompromiß ausgeschaltet worden sind, und sie bemühen sich daher fortgesetzt, vor allem bei der endgültigen Bestimmung über das Schulwesen, dabei zu sein. Das hat sie veranlaßt, **die Sozialdemokratie zum neuerlichen Vorstoß anzustacheln.** Die Sozialdemokraten haben infolgedessen einen Abänderungsantrag eingebracht, der dahin geht, daß in die bisherige Fassung eingefügt wird „soweit ein geordneter Betrieb und Ausbau des Schulwesens es zuläßt" Mit dieser neuen Fassung ist ganz augenscheinlich bezweckt, das ganze Kompromiß illusorisch zu machen, denn die Bestimmung „Ausbau des Schulwesens" umfaßt alle Arten der Schule z. B. die Idiotenschule, Schule für Begabte usw. Es liegt aber klar auf der Hand, ganz abgesehen davon, daß diese Spezialisierung der eigenartigen Schularten garnicht in die Verfassung gehört, **daß es eine sehr große Zersetzung des ganzen Schulwesens bedeuten und letzten Endes das ganze Schulkompromiß illusorisch machen würde.** Die **Zentrumsfraktion** der deutschen Nationalversammlung **hat daher denn auch diesen Abänderungsantrag einstimmig abgelehnt** und statt dessen in Vorschlag gebracht, den strittigen Satz in Artikel 143 der Verfassung wie folgt zu fassen: **„Volksschulen einer Gemeinde werden auf Antrag der Erziehungsberechtigten** unter Berücksichtigung ihres **Bekenntnisses und Weltanschauung** eingerichtet, **soweit ein geordneter Betrieb des Schulwesens es zuläßt".** Im Augenblick wird über diesen Gegenstand zwischen den Parteien noch weiter verhandelt, man darf aber hoffen, daß diese Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden.

Zur Neuordnung des Schulwesens.

Auf Grund der Mitteilungen einer Korrespondenz sind „Richtlinien des Preußischen Unterrichts-Ministeriums" über die Neuordnung des Schulwesens in der Presse verbreitet worden. Die Art der Veröffentlichung mußte zu der Annahme führen, daß hierin die amtliche Stellungnahme des Ministers zur bevorstehenden Schulreform ausgesprochen sei. Eine Nachprüfung des Sachverhalts von wohlinformierter Seite hat ergeben, daß es sich hierbei zwar noch nicht um eine bereits getroffene Entscheidung des Ministers handelt. Wohl aber stellt die Arbeit den Vorschlag eines inzwischen zum Vortragenden Rat im Ministerium ernannten Mitgliedes einer Besprechung dar, die am 20. Juni in Berlin stattfand. Und es ist zu befürchten, daß der Minister das Ergebnis dieser Beratung bei Seite legt, um sich jenen über alles Maß hinausschießenden Entwurf unmittelbar anzuzeigen.

Nach Ansicht maßgebender Fachleute würden diese Richtlinien, ohne einem Zeit- oder sonstigen Gewinn zu bringen, eine so weitgehende Beschränkung der bisher durch die höheren Schulen vermittelten Kultur bedeuten, daß unser gesamtes **Bildungswesen von seiner bisherigen Weltstellung auf ein beklagenswertes Niveau herabsinken würde.** Es könnte nicht ausbleiben, daß unser Volk gegenüber unsern mächtig auftretenden Gegnern dann vollends ins Hintertreffen geriete. Darum nehmen alle an der Behauptung und Weiterentwicklung unseres Kulturstandes interessierten Kreise an, daß eine so radikale Beschneidung unseres höheren Schulwesens nicht zur Tatsache wird. Sie würde auch der Durchführung des in seinem Kern gesunden Einheitsschulgedankens nicht förderlich sein.

Die Kohlenfrage

bb. **Berlin,** 30. Juli. Die neue Kommission, die mit den Verhandlungen über die Ausführung der Friedensbedingungen in Versailles beauftragt ist, traf am 26. Juli in Berlin ein, um einen eingehenden Bericht über den Gang der Verhandlungen zu erstatten, die in erster Linie die **Kohlenlieferungen,** den Wiederaufbau und die Lieferung von Chemikalien betreffen. Die Kommission begab sich von Berlin nach Weimar. Es herrschte zwischen allen Beteiligten Klarheit darüber, daß besonders die Kohlenlieferung Deutschland im nächsten Winter in eine **denkbar schwere Lage** versetzen werde. Indessen geht auch die Meinung einheitlich dahin, daß energisch durchgegriffen werd enmuß, den Forderungen, soweit möglich, zu genügen. Die Kommission begab sich am 28. Juli nach Versailles zurück. Das Kabinett hielt gestern eine wichtige Sitzung ab, die sich mit den Maßnahmen für die Kohlenversorgung beschäftigte.

Das Umsatzsteuergesetz

WTB. Weimar, 28. Juli. Ueber den **Entwurf des Umsatzsteuergesetzes** wird von zuständiger Seite u. a. mitgeteilt:

Der Nationalversammlung geht gleichzeitig mit dem Entwurf über die Reichsnotopfer der Entwurf eines Umsatzsteuergesetzes zu, das am 1. Januar 1920 in Kraft treten und gleichzeitig das Umsatzsteuergesetz vom 26. Juli 1918 außer Wirksamkeit setzen soll. Der Entwurf versucht, fünf Aufgaben zu lösen:

1. Die notwendige Umarbeitung der Vorschriften des alten Umsatzsteuergesetzes.

2. Ausgestaltung der allgemeinen Umsätze durch Erhöhung des Steuersatzes bei dem Umsatz, mit dem der Gegenstand aus dem Zirkulationsprozeß verschwindet.

3. **Verlegung der bisherigen Luxussteuer** im Umsatz **von dem Hersteller an dessen Abnehmer,** und den Ausbau der Luxussteuer zu einem „Inneren Zolltarif" für alle Gegenstände, die über die notwendigen Bedürfnisse hinausgehen.

4. Zusammenfassung der **Luxusgegenstände** für die Erhebung in der zu 3 angegebenen Form sich nicht empfiehlt, zu einer Kleinhandelssteuer in der Art der bisherigen Luxussteuer.

5. Vorbelastung gewisser Leistungen, die nicht Lieferungen sind, aber ihrer Art nach eine höhere Belastung als 1 v. H. vertragen. Die Umarbeitung zu 1 erhöht den bisherigen Satz der Umsatzsteuer von 0,5 auf 1 v. H. § 7 des alt. Umsatzsteuergesetzes und § 3 Nr. 3 sind gestrichen. Neben der höheren Belastung aller in unbestimmter Anzahl sich wiederholenden Umsätze (Aufgabe zu 2) ist eine einmalige Mehrbelastung des letzten Umsatzes vorgesehen. Die Steuer erhöht sich nämlich auf 5 v. H. des Entgelts der bei dem Kleinhandel erfolgenden Lieferung von Gegenständen, die ihrer Beschaffenheit nach zum Gebrauch oder Verbrauch in der Hauswirtschaft bestimmt sind.

Der **Ausbau der Luxussteuer** ist zunächst in der Weise vorgesehen, daß sich die Steuer auf 10 v. H. des Entgelts bei solchen Gegenständen erhöht, die den notwendigen Bedarf des Haushalts übersteigen. Die erhöhte Steuerpflicht tritt ein, wenn solche Gegenstände ihrer Beschaffenheit nach nicht für die Hauswirtschaft, sondern für den Gebrauch innerhalb der gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit oder zur Errichtung eines Bauwerks bestimmt sind. **Der Kreis der höchstbesteuerten Waren ist möglichst weit gezogen.** Die Erhebung der Steuer ist in die Fabrik zurückverlegt. Die erhöhte Umsatzsteuer auf Lieferungen von Luxusgegenständen im Kleinhandel beträgt 15 v. H. Die bisher erwähnten Vorbelastungen — soweit sie nicht als Werklieferungen reinen Lieferungen gleichstehen — unterliegen grundsätzlich nur einer Steuer von 1 v. H. Hiervon ist aber eine Reihe von Ausnahmen gemacht, indem gewisse Leistungen unter die zehnprozentige Steuer gestellt werden sollen. Man mag das gesamte Aufkommen auf etwa 4½ Milliarden Mark annehmen, und wenn man ein Zehntel wegen der Gebietsabtretung absetzt, mit 4 Milliarden Mark.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 31. Juli 1919.

k. **Schiedsspruch im Bauarbeiterausstand.** Am Dienstag, den 29. Juli, abends 8 Uhr, tagte im Lokale des Herrn Müller, Rebenstraße, eine stark besuchte Versammlung der Bauarbeiter Bocholts. Es wurde von den Vertretern beider Organisationen Bericht erstattet über die Sitzung des Schlichtungsausschusses, der am 29. Juli zu Coesfeld getagt hat und in dem Streik der hiesigen Bauarbeiterschaft einen Schiedsspruch fällte. Die Versammlung nahm nach lebhafter Debatte einstimmig folgende Resolution an: „Die heute im Lokale Müller von beiden Bauarbeiterverbänden einberufene Versammlung erklärt sich mit dem am 29. d. Ms. gefällten Schiedsspruch, wonach der Lohn vom 1. August ab für Maurer 2,10 ℳ und für Bauhilfsarbeiter 2,02 ℳ betragen soll, einverstanden. Die Versammelten erklären sich bereit, unter diesen Bedingungen die Arbeit sofort wieder aufzunehmen."

o. **Die Städtische Freiwillige Feuerwehr** hielt gestern nach vorhergegangener Uebung ihre ordentliche Generalversammlung ab, die gut besucht war. Herr Branddirektor Kommerzienrat von Velsen eröffnete die Versammlung, begrüßte den Kreisbrandmeister Herrn Fischer und übertrug dem stellv. Branddirektor Herrn Techtmann den Vorsitz. Zunächst erstattete der Schrift- und Kassenwart Herr Hemsing den Geschäfts- und Kassenbericht. Aus demselben geht hervor, daß noch nicht alle zum Heeresdienst eingezogen gewesenen Mitglieder sich wieder eingefunden haben. In der Kasse ist ein Bestand von 168,40 ℳ vorhanden. Im Anschluß an den Bericht gab Herr Kreisbrandmeister Fischer die einleitenden Schritte, welche zur Regelung der nachbarlichen Verhältnisse unternommen sind, bekannt und betonte, daß die Behörden in kurzer Zeit zum Abschluß dieser Angelegenheit kommen würden. Einmütiger Zusammenschluß sei heute so dringend notwendig wie niemals, um in der Stunde der Gefahr bereit zu sein. Die Herren Brandmeister Becker, Führer Jöres und Steiger Strickling haben die Geschäfts- und Kassenführung geprüft und beantragten Entlastung des Schrift- u. Kassenwarts. Diese wurde erteilt. Als Vorstandsmitglieder schieden aus die Herrn. Branddirektor von Velsen, Oberbrandmeister Höing und Baumeister Kölle. Die Ausscheidenden wurden durch Zuruf einstimmig wiedergewählt. Als Vertreter für den Westfälischen Feuerwehr-Verbandstag wählte die Versammlung den Herrn stellv. Branddirektor Techtmann, Brandmeister Hemsing und Führer Jöres. Hiernach gab der Herr Vorsitzende Bericht über stattgefundene Erweiterungen des Rohrnetzes der Wasserleitung und die dadurch für Brandfälle geschaffene Erleichterung in der Wasserbeschaffung für die betr. Stadtteile. Auch wies er auf einen immer mehr einreißenden Unfug hin, nämlich das Zertrümmern der Hydrantenschilder. Die Schilder konnten stellenweise nicht so schnell ersetzt werden als sie vernichtet wurden. Im Interesse der Feuersicherheit möchte doch in vorkommenden Fällen der Polizei oder dem Gas und Wasserwerk Mitteilung gemacht werden. Nach einigen gemeinschaftlichen, frisch gesungenen Liedern erfolgte Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

o. **Turnverein Phönix.** Auf dem Kaiserbergfest in Duisburg am letzten Sonntag nahmen vom Turnverein Phönix 2 Mitglieder am Wettkampfe teil und errangen Turngenosse Lohscheller den 7. Kranz mit 84 Punkten und Turngenosse Diesfeld den 16. Kranz mit 78 Punkten. Außerdem errang der Turngenosse Lohscheller noch den Kranz für Höchstleistung im Steinstoßen mit 7,60 Metern. Ein kräftiges „Gut Heil" den wackeren Kämpfern.

m. **Rentenverteilung.** Die Auszahlung der Unfall-, Invaliden-, Witwen- und Altersrenten wird für diesen Monat ausnahmsweise erst am 5. August erfolgen und zwar in der Weise, daß die Invaliden-, Witwen- und Altersrenten nur vormittags, die Unfallrenten dagegen nachmittags gezahlt werden. Beginn der Zahlungen vormittags 8 Uhr und nachmittags 3 Uhr im Verwaltungsgebäude am Gasthausplatz (alter Sitzungssaal).

p. **Fahrraddiebstahl.** Einem Holländer wurde ein Fahrrad mit Gummibereifung, Marke Adler Nr. 7, mit der Fabriknummer 524 921 im Werte von 700 Mark am Montag abend gegen 10 Uhr, als dasselbe für kurze Zeit vor einer Wirtschaft hingestellt war, gestohlen. Auf die Wiederbeschaffung des Rades ist vonseiten des Geschädigten eine Belohnung von 100 Mark ausgesetzt.

p. **Aufgeklärter Einbruchsdiebstahl.** Der Kriminalpolizei ist es gelungen, den vor einigen Tagen zur Nachtzeit in einer hiesigen Fabrik ausgeführten Einbruchsdiebstahl, wobei für etliche tausend Mark Stoffe gestohlen wurden, aufzuklären. Die Täter wurden in der Nacht vom 29. zum 30. d. Ms., als sie die Stoffe aus der Wohnung des einen Beteiligten in eine andere Wohnung schaffen wollten, mit einem Teil der Beute festgenommen. Durch eine am folgenden Morgen in aller Frühe vorgenommene Haussuchung wurden dann die anderen noch fehlenden Sachen restlos beigeschafft. Es handelt sich um folgende Täter: Josef Benning, Johann Potthoff und Bernhard Wienand.

p. Festgenommen wurden auf dem Bahnhofe drei Mädchen aus Essen bezw. Bergeborbeck, die aus dem Industriegebiet hierhergekommen waren und bei den Landwirten um Kartoffeln vorsprachen. Aus Mitleid verabfolgte ihnen ein Landwirt Kaffee und Butterbrote. Zum Dank dafür entwendeten ihm die Mädchen 150 Pfd. Kartoffeln. Auf Grund der Beschreibung konnten die Mädchen festgenommen und ihnen die Beute abgenommen werden.

p. **Beim Kartoffelstehlen** wurden drei Personen auf frischer Tat abgefaßt.

p. **Gedrückt** hat sich aus seiner Logis ein Mann, ohne seine Kostschulden bezahlt zu haben. Er wird sich wegen Betrugs zu verantworten haben. Außerdem hat sich der Betreffende von seiner Kostfrau Kleidungsstücke und andere Sachen widerrechtlich angeeignet.

o. **Ausfuhr nach Luxemburg.** Nach einer Mitteilung des Herrn Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung ist die bisher zur Ausfuhr von Waren nach Luxemburg gültige Freiliste aufgehoben worden.

Neueste Telegramme.

Arbeiter für Frankreich.

TU. Berlin, 30. Juli. (Drhtb.) Heute Abend fährt eine Kommission von deutschen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach Versailles, um mit der französischen Unterkommission die Einzelheiten wegen der Gestellung freier Zivilarbeiter für den Wiederaufbau Nordfrankreichs zu vereinbaren.

WTB. Berlin, 30. Juli. (Drhtb.) Die Gestellung von freiwilligen Arbeitern für Nordfrankreich wird, wie wir erfahren, abgesehen von den notwendigen Bürgschaften für die persönliche Sicherheit und angemessene Unterbringung und Verpflegung von deutscher Seite auch auf Festsetzung günstiger Arbeitsbedingungen gehalten werden und selbstverständlich auch darauf, daß die Ansprüche der Arbeiter auf soziale Gesetzgebung auch während ihrer Tätigkeit in Frankreich im vollen Umfange erhalten bleiben.

Schwarz-Rot-Gold.

WTB. Weimar, 30. Juli. (Drhtb.) Die Nationalversammlung bestätigte auf Antrag Haußmann einen Beschluß der zweiten Lesung über die Reichsfarben und die Handelsflagge mit großer Mehrheit.

Ungebetener Besuch.

TU. Weimar, 30. Juli. (Drhtb.) Eine esthnische Abordnung begab sich nach Weimar, um dort die Anerkennung des esthnischen Staates zu erzwingen und Beschwerden vorzubringen.

Die englische Demobilisierung.

WTB. Amsterdam, 29. Juli. (Drhtb.) Churchill erklärte in der gestrigen Sitzung des Unterhauses, daß schon über 3 Millionen englischer Offiziere und Mannschaften demobilisiert seien. Durchschnittlich würden 5—6000 Mann täglich demobilisiert. Die englische Armee werde bald ausschließlich wieder aus Freiwilligen bestehen. Es meldeten sich wöchentlich 4—5000 Mann freiwillig, wodurch die Abschaffung der Dienstpflicht beschleunigt wird.

WTB. Bern, 29. Juli. (Drhtb.) Nach Pariser Blättern ordnete der Marineminister die Demobilmachung der Jahresklassen 1909—1912 für August an.

König Peter weltmüde.

WTB. Bern, 30. Juli. (Drhtb.) „Petit Parisien" erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß König Peter von Serbien seine Abdankung einreichte. Er wolle sich in ein Kloster zurückziehen.

Die Verkehrsentwicklung.

TU. Rotterdam, 30. Juli. (Drhtb.) Wie Reuter aus Paris meldet, hat der Oberste Rat seine Zustimmung gegeben, den Paketdienst zwischen England und Deutschland wieder aufzunehmen.

TU. Kopenhagen, 30. Juli. (Drhtb.) Nach „Extrabladet" droht dem schwedischen Schiffsexport nach Deutschland, der in letzter Zeit außerordentlich an Umfang zugenommen hatte, eine schwere Katastrophe, da Deutschland mitgeteilt hat, daß vom 28. Juli ab keine Schiffsladungen mehr angenommen werden, weil sie in verdorbenem Zustande ankommen.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Erwerbslosen-Unterstützung findet am **Freitag, den 1 August** d. Js. im Verwaltungsgebäude, Gasthausplatz, Zimmer 1, wie folgt statt:

Nr. 1—3600 vormittags von ½9—12 Uhr.
Nr. 3601—Schluß nachmittags von 3—5 Uhr.

Die Unterstützungen müssen pünktlich abgeholt werden, Nachzahlungen werden nicht gemacht.

Bocholt, den 29. Juli 1919.

Der Erste Bürgermeister.

Lebensmittel-Versorgung.

Frische Rinderknochen zu 50 Pfg. das Pfd. werden am **Donnerstag abend von 6 Uhr an** bei **Jos. Wolter**, Rebenstr. an Inhaber der Lebensmittelkarte gegen Abstempelung des Feldes **32** ausgegeben. Für jeden Haushaltungsangehörigen darf höchstens ½ **Pfund** Knochen verabfolgt werden.

In dieser Woche werden
auf die Fleischkarten für Erwachsene 150 Gramm
" " " Kinder 75 "
Fleisch ausgegeben.

Beste Wurst gegen Wurstmarken der 30. und 31. Woche wird Samstag morgen von 9 Uhr an an Inhaber der Lebensmittelkarten B gegen Abstempelung des **Feldes 41** verausgabt.

Bocholt, den 30. Juli 1919.

Der Erste Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Der **Preis für Kalbfleisch** mit Knochen ist **von heute an auf 85 Pfennig für jede Wochenmenge von** 150 Gramm festgesetzt.

Bocholt, den 31. Juli 1919.

Der Erste Bürgermeister.

Amt Liedern-Werth.

Brotbücher-Ausgabe.

Die Ausgabe der neuen **Brotbücher, Fleisch-, Fett- und Seifenkarten** an die Versorgungsberechtigten findet wie folgt statt:

am Freitag, den 1. August, vormittags von 8 bis 12 Uhr, für die Gemeinden Biemenhorst, Mussum, Holtwick, Stenern und Lowick auf dem Amtsbüro;
am Samstag, den 2. August, vormittags von ½9 bis ½12 Uhr für die Gemeinden Barlo, Hemden, Herzebocholt, Liedern und Spork auf dem Amtsbüro;
am Samstag, den 2. August, nachmittags von ½2 Uhr an in Werth in der Wirtschaft Wek in Werth;
am Samstag, den 2. August, nachmittags von 2—4 Uhr in der evangelischen Schule in Suderwick.

Die alten Umschläge sind vorzulegen.

Etwaige Aenderungen im Personenstande sind unaufgefordert anzugeben.

Die Termine sind genau einzuhalten; nach denselben werden keine Karten mehr ausgegeben. Auch gelangen in den Terminen die Brotzusatzmarken an Schwerstarbeiter und hoffende Frauen zur Ausgabe.

Bocholt, den 30. Juli 1919.

Der Amtmann: Lainck.

Bekanntmachung.

Anläßlich der Ausgabe der Lebensmittelmarken sind die Büros 3 und 4 am Freitag und Samstag für den Publikumsverkehr geschlossen.

Die Selbstversorger erhalten die Mahlkarten in den Mahlkartenausgabeterminen.

Bocholt, den 30. Juli 1919.

Der Amtmann: Lainck.

Bekanntmachung.

Gemäß § 1 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 (R. G. Bl. S. 535/62) sind Brotgetreide und Gerste der Ernte 1919 mit der Trennung vom Boden für den Kommunalverband beschlagnahmt, in dessen Bezirke sie gewachsen sind.

Die Landwirte des Kreises Borken werden deshalb hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß sie genau wie im Vorjahre sämtliches Brotgetreide, soweit sie es nicht zur Ernährung für sich und ihre Wirtschaftsangehörigen und für die Aussaat nach den noch ergehenden Bestimmungen zurückbehalten dürfen, an die vom Kommunalverband bestellten Aufkäufer abzuliefern haben.

Die Preise für Brotgetreide und Gerste sind für das Erntejahr 1919 wie folgt festgesetzt:

Es werden bezahlt:
a) für den Doppelzentner Weizen 46,50 ℳ,
b) für den Doppelzentner Roggen 41,50 ℳ,
c) für den Doppelzentner Gerste 41,50 ℳ.

Die vorstehenden Preise verstehen sich für gesunde und trockene Ware. Ware, die in dieser Beziehung Mängel aufweist, werden von hieraus entsprechende Abzüge gemacht.

Mit Rücksicht auf die Knappheit an Säcken ersuchen wir die Landwirte, das Getreide in ihren eigenen Säcken zur Verladestelle bezw. zum Lager des Aufkäufers zu liefern. Die Säcke werden sofort zurückgegeben, da das Getreide lose verladen wird.

Als Aufkäufer sind folgende Personen bestellt:

1. Kaufmann Theodor Quartier in Holtwick für den Amtsbezirk Liedern-Werth und die Städte Anholt und Bocholt;
2. Händler J. Engenhorst in Dingden für das Amt Dingden;
3. Händler Alois Rösing in Rhede für den Amtsbezirk Rhede;
4. Händler Johann Welsing in Westenborken für die Gemeinden Homer, Hoxfeld, Rhedebrügge und Westenborken;
5. Getreidehändler J. H. Focke in Borken für die Gemeinden Grütlohn, Marbeck, Borkenwirthe und die Stadt Borken;
6. Händler Josef Sesekamp in Gemen für die Gemeinden Stadt und Kirchspl. Gemen;
7. Gemeindevorsteher Benning in Weseke Kirchspl. für die Gemeinde Weseke;
7. Gemeindevorsteher Eduard Hater in Raesfeld für die Gemeinde Raesfeld;
9. Händler Wilhelm Brune in Heiden für die Gemeinde Heiden;
10. Getreidehändler Heinrich Sicking in Reken-Bahnhof für die Gemeinden Groß-Reken, Klein-Reken und Hülsten;
11. Händler Franz Kreikamp in Ramsdorf für die Gemeinden Stadt und Kirchspl. Ramsdorf;
12. Ferdinand Fork in Velen für die Gemeinden Velen Dorf und Nordvelen;
13. Bernhard Hokermann in Waldvelen für die Gemeinde Waldvelen.

Nur an die vorgenannten Aufkäufer darf Brotgetreide und Gerste abgeliefert werden. Die den Landwirten durch die Ortsbehörden zugehenden bezw. schon zugestellten Ordnungsnummernkarten für das Erntejahr 1919 sind bei der Ablieferung stets vorzulegen, damit die Kreisgetreidestelle die abgelieferten Mengen den richtigen Landwirten zuschreiben kann.

Im Interesse einer geregelten Brotversorgung in der Uebergangszeit ist es unbedingt erforderlich, daß mit der Ablieferung von Brotgetreide rechtzeitig begonnen wird, damit unter allen Umständen jede Stockung vermieden wird.

Borken, den 25. Juli 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Inhalatore
empfiehlt die
Drogerie Bruns

Ein neues
Bett
zu verkaufen.
Gartenstr. 4.

Für Landwirte!
Kleiner, feuerfester
Geldschrank
billig zu verkaufen.
Näheres Geschäftsstelle.

Für Wirte!
Große Posten
Kaffeelöffel
Stck. 15 Pfg., Dtzd. 1,50 M.
Fritz Blömker.

Eine gut erhaltene
Nähmaschine,
sowie ein **Kindertisch** und **Stühlchen** zu verkaufen.
Neustraße 5.

Ein wenig getragener schwarzer
Gehrock-Anzug
für mittlere Figur zu verkaufen.
Ottostraße 2.

Drehstrom-motor
220/380 Volt, 3 PS mit Anlasser zu kaufen ges.
Offerten unter **B. 382** an die Geschäftsstelle.

Habe **2 neue**
Drehstrom-motore
(3 PS) preiswert zu verkaufen.
(E. Reckert, Ostwall.

Eine fast neue, schwere
Sattler-Nähmaschine
hat billig zu verkaufen
H. Dickerboom, Rees,
Kirchplatz 18.

Eine guterhaltene
Kops-spulmaschine
zu kaufen gesucht.
Näheres Geschäftsstelle.

Sparkasse der Stadt Bocholt.
Mündelsicher.
Geschäftsräume: Kaiser Franz Joseph-Platz 1.
Reichsbank-Girokonto. Postscheck-Konto Köln 11866.
Zinsfuß für **Einlagen** bei täglicher Verzinsung
3½ Prozent.
Provisionsfreier Scheckverkehr und Ueberweisungsverkehr.
Vermietung von Schrankfächern (Safes), Jahresmiete 3 Mark.

Bleichsoda
mit Soda angekommen.
B. Beking,
Karolingerstr. Restaurant.

Original-Avenarius-Karbolineum
wieder vorrätig.
Julius Höing.

Für 2 solide Herren
möbliertes Zimmer
mit voller Pension zu verm.
Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute nacht 12 Uhr unsern einzigen, innigstgeliebten, unvergeßlichen Sohn, Bruder, Schwager, Onkel, Neffen und Vetter

Heinrich Klein-Uebbing

im Alter von 15 Jahren zu sich in den Himmel zu nehmen.

Er starb plötzlich und unerwartet, wohlvorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel und versehen mit den Tröstungen der hl. Kirche sanft und gottergeben.

Seine liebe Seele wird der christlichen Fürbitte, besonders dem Priester am Altare empfohlen.

Die tieftrauernden Eltern, Geschwister und Anverwandten.

Bocholt, den 30. Juli 1919

Das hl. Seelenamt findet statt am Samstag morgen ½9 Uhr in der St. Georgius-Pfarrkirche, darauf die Beerdigung von der Kirche aus, wozu Verwandte und Bekannte freundlichst eingeladen werden.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben so bitten wir, vorstehende Anzeige als solche zu betrachten.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 3 Uhr meinen lieben Mann, unsern guten Vater,

den Landwirt

Gerhard Böing

nach langer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, plötzlich und unerwartet infolge Herzschlages, doch wohlvorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel, im Alter von 60 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um ein frommes Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Rhedebrügge, 30. Juli 1919.

Die Beerdigung findet am Samstag, dem 2. August, morgens 9 Uhr zu Rhede statt, gleich darauf das feierliche Seelenamt in der Pfarrkirche daselbst, wozu wir hierdurch freundlichst einladen.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Einladung erhalten haben, so bitten wir, vorstehende Anzeige als solche zu betrachten.

Kath. Kreuzbündnis
St. Joseph.

Unser treues Vorstandsmitglied

Wilhelm Niehaus

ist gestorben.

Die hl. Seelenmesse ist am Freitag 8 Uhr in Liebfrauen, 8¼ Uhr die Beerdigung vom St. Agnes-Hospital aus.

Er hat für den Verein seine ganze Kraft eingesetzt und darum wird sein Andenken in Ehren gehalten.

Der Vorstand.

Kath. Arbeiterverein
St. Paulus.

Die Angehörigen unserer gefallenen Mitglieder, die im Kriege vom Verein aus versichert worden sind, werden zwecks Regelung der Sterbegelder ersucht, beim Unterzeichneten bis zum 8. August die amtliche Sterbeurkunde abzugeben.

Nocke, Präses.

Freiw. Versteigerung.

Infolge Auftrages der **Erben der verstorbenen Eheleute Gustav Schönholz** werde ich am **Freitag, dem 1. August, nachm. 2 Uhr, Eintrachtstraße 7,** hier, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkaufen:

Glasschrank, Kleiderschrank, Tische, Stühle, darunter fast neue Rohrstühle, Spiegel, Salonspiegel mit Konsole, polierten Sofatisch, bessere große Bilder, Vertikow, Kommode, Vogelbauer mit Ständer, Mantelofen, Bettlade mit Matratze und kompl. Bett, Nippsachen, Glas, Porzellan, ferner 1 Kinderwagen, Sportwagen sowie sonstige Haus- und Küchengeräte.

Die Sachen sind gebraucht, jedoch sehr gut erhalten. Besichtigung 2 Stunden vorher.

Bocholt, den 28. Juli 1919.

Johann Kölle, Auktionator.

Wohnhäuser.

Die an der **Münsterstraße Nr. 51 und 53,** belegenen, den Erben der verstorbenen Eheleute Gerh. Triptrap gehörenden

Wohnhäuser

nebst anschließendem Garten

sind durch mich unter günstigen Bedingungen zu kaufen.

J. Kölle.

Fisch-Verkauf.

Donnerstag 9 Uhr sind in sämtlichen Fischgeschäften wieder die bekannten

lebendfrischen holländischen Schellfische

zu haben.

Louis Goedhardt.

Blauer Offiziers-Extra-Waffenrock

(Friedensware), ganz neu, zu verkaufen

Friesenstr. 352/6.

Dicke rote

Johannisbeeren

empfiehlt

Obstplantage Behnen.

Besserer, hellgrauer

Kinderwagen u. Kinderstuhl

zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Brautanzug

schwarzer Gehrockanzug für mittlere Figur, preiswert zu verkaufen. Friedensware, wie neu.

Näheres Geschäftsstelle.

Kleines Gut

bis 20 Morgen groß zu pachten gesucht. Lebendes und totes Inventar wird evtl. käuflich übernommen. Ausführl. Angebote mit Preis unter **C. 6215** an die Geschäftsst. d. Bl.

Otto Winkel

Bocholt **Telefon 290**

liefert billigst:

Einkochapparate, emaill. und v. s.,
Obst- und Gemüsegläser,
Sturz- und Spezialgläser,
Fleischgläser, Saftflaschen,
Ersatzteile für Apparate und Gläser,
Glashafen von ½ bis 6 Liter,
Steintöpfe von ½ bis 12 Worf.

APOLLO-THEATER

Nur noch zwei Tage!

Donnerstag, Freitag

der große Ueberraschungs-Spielplan

I.

Das monumentale Pracht-Filmwerk:

Lusandra
die Königs-Sklavin.

Eine wunderbare Filmschöpfung in fünf Akten von Toni Attenberger.

Der Lebensroman Lusandras, den dieser Film uns in gewaltigen Bildern zeigt, spielt sich auf einem Hintergrund ab, darin die Weltgeschichte für uns Deutsche einen selten wichtigen Raum einnimmt. Römer und Germanen ringen um die Vorherrschaft, starke, gesunde, nordische Stämme löten das entnervte, zerfallene Rom in der Führerrolle ab.

II.

Der jüngste Film der Max Mack-Serie:

„Brüder"

in vier unvergleich schönen Akten.

Anfang 5 Uhr. Beginn der letzten Abendvorstellung 8,30 Uhr.

N. B. Wir machen unsere werten Besucher auf diesen herrlichen Spielplan besonders aufmerksam.

Herbstferien-Tanzlehrkursus
für bessere Stände.

Auf vielseitigen Wunsch habe ich für **Bocholt, Rhede und Umgegend** im **Kaisersaal in Rhede** einen Tanzlehrkursus für Schüler höherer Lehranstalten und die aus den Pensionaten in Ferien kommenden Töchtern sowie Universitätsstudenten eröffnet. Das Tanzen findet in einem streng geschlossenen Zirkel unter meiner stetigen Leitung Mittwochs und Samstags von 6 ½8,30 Uhr nachmittags statt. Abfahrt von Bocholt 5,30 Uhr nachm., Rückfahrt 9,54 Uhr ab Rhede nach Bocholt.

Gefl. Anmeldungen bitte ich schriftlich oder Mittwochs und Sonnabends im obigen Lokale mündlich machen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Wilhelm Halseband,

Berufstanzlehrer,

Mitglied der Deutschen Tanzlehrer-Vereinigung, Inhaber eines Schüler-Diploms.

Möbelbeschaffungsamt der Stadt Bocholt.

Verkaufszeiten:

Dienstag nachmittag von 2—5 Uhr,
Donnerstag nachmittag von 2—5 Uhr

im Verkaufslokale Lagerräume der Firma Steiner & Sarragin Oswald.

Der Erste Bürgermeister.

3—4 Zimmer-Wohnung

zum 1. 9. oder 1. 10 zu mieten gesucht.

Näheres Geschäftsstelle.

Geräumige

Arbeiterwohnung

mit großem eingefriedigten Garten in der Nähe der Stadt zu verkaufen.

Näheres **J. W. Lüttering,** mech. Sargtischlerei.

Möblierte

Zimmer

mit Morgenkaffee zu vermieten.

Näheres Geschäftsstelle

Junger Herr sucht zum 1. August

möbl. Zimmer

mit voller Pension in gutem bürgerlichen Hause.

Angebote unter **C. 6243** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Heizer und Maschinisten!

Sektion des christl. Metallarbeiterverbandes.

Am **Donnerstag, dem 31. d. Mts., abends 8 Uhr** findet im Lokale **„Stadt Münster"** eine

wichtige Versammlung

statt, in welcher über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern berichtet werden soll.

Wir laden die Heizer und Maschinisten und besonders auch die Fabrikschlosser hierzu recht dringend ein.

Der Vorstand des christl. Metallarbeiterverbandes.

Tanz-Lehrkurse!

Am Mittwoch, dem 6. August, nachm. 4 Uhr eröffne ich im Hotel-Restaurant **„Bürgerkrug"** einen

Schüler-Ferien-Kursus.

An demselben Tage, abends 8 Uhr, einen **allgemeinen Kursus.**

Ein Kursus für die modernen Tänze wie Foxtrot, Nase, Nay, Maxixe usw. findet in allernächster Zeit statt.

Anmeldungen zu den einzelnen Kursen werden von Herrn Ahlers („Bürgerkrug") jederzeit entgegengenommen.

W. Roßmeyer,

Lehrer für Kunst- und Gesellschaftstanz,

Wesel.

Kräftiger, jüngerer

Hilfsarbeiter

für Stereotypie und Druckerei sofort gesucht.

J. & A. Temming.

Wegen Verheiratung des jetzigen zum 1. Oktober ein tüchtiges

Mädchen

für Küche und Hausarbeit gesucht.

Frau Otto Degener, Bismarckstr. 12.

Zum 1. Sept. od. später ein zuverlässiges

Mädchen

für Küche und Hausarbeit gesucht.

Frau Jos. Reugers, Münsterstr. 5.

Für sofort oder 1. August ein ehrliches

Mädchen

für Küche und Hausarbeit gesucht.

Wilh. Wemmer, Emmerich.

Restaurant zur Börse, b. d. alten Kirche 31.

Auf mittlerem Gut im Kreise Coesfeld wird zum 1. Oktober ein katholisches, braves, zuverlässiges

Mädchen

gesucht, welches auch melken kann. Im Winter Gelegenheit, sich im Kochen zu üben. Offerten unter **C. 6203** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Auf sofort für landwirtschaftliche Arbeiten zwei tüchtige

Mädchen

gesucht.

Näheres Geschäftsstelle.

Erfahrener

Reparatur-schlosser

gesucht.

Reckert, Ostwall.

Pflasterer u. Rammer

2,75 resp. 2,65 Mk Stundenlohn.

Terken & Hoegen, Duisburg,

Realschulstr. 96, Tel. 2211.

Ein junger Mann,

der mit Pferden umgehen kann und sämtliche landwirtschaftl. Arbeiten versteht, sucht Stelle auf dem Lande.

Näheres Geschäftsstelle.

---

1 Schreinergeselle

für sofort gesucht.

Wilh. Niewendick, Wertherbruch, Schreinerei mit elektr. Betrieb.

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahl. verleihen sofort **H. Blume & Co., Hamburg** 9 geben.

Kartoffelfest
der christl. Gewerkschaften.

Diejenigen Kollegen, welche Sonntag im Schützenhof als Kellner mit tätig sein wollen, mögen sich heute (Donnerstag) abend 7 Uhr auf dem Verbandsbüro Nordstr. melden.

Der Vorstand.

Frisch melkende oder ausgetragene



Kuh

zu kaufen gesucht.

Hochfeld 27.

Eine hochtragende, rotbunte



Kuh

zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle

Einige junge

Schweine

4 Wochen alt) zu verkaufen.

Joh. Fischer, Büngern.

Ein junges

Mutterschaf

zu verkaufen.

Johann Schmeink, Mussum, am Bahnhof.

Ein wachsamer

Schäferhund

zu verkaufen.

Blücherstraße 4.

Ein junger

Kettenhund

zu verkaufen.

Näheres Geschäftsstelle.

Ein Kalb entlaufen.

Wiederbringer erhält Belohnung.

Bauhaus, Hemden.

Am Sonntag abend im Schützenhause ein

hellgrauer Hut

(Größe 56) umgetauscht.

Abzugeben im Schützenhause.

Dienstag abend Nordallee—Norwall

Fächer

(Straußfedern) **verloren.**

Gegen Belohnung abzugeben **Gellerstraße 16.**